

Zur Interaktion von Demokratie, traditionellen Ordnungssystemen und Gewalt in Südasien

MIRJAM WEIBERG-SALZMANN

Nach dem Ende des Kalten Krieges haben sich die globalen Konfliktkonstellationen verändert. An die Stelle des Ost-West-Gegensatzes traten neue diversifizierte Problemlagen, wie die Zunahme ethnisch und religiöser Kriege oder der internationale Terrorismus. Um Krieg- oder Gewaltprozesse zu erklären, gerieten seit den 1990er Jahren verstärkt innerstaatliche Ordnungssysteme in das Blickfeld der Internationalen Politik. Mit der Theorie des »Demokratischen Friedens« konnte scheinbar sogar ein direkter Zusammenhang zwischen dem politischen Ordnungssystem und der Gewaltneigung eines Staates proklamiert werden. Eine der Hauptthesen der Theorie ist, dass demokratische Systeme nach innen und außen pazifizierend wirken sollten. Entgegen der Annahme einer »dritten Welle der Demokratisierung« und mit ihr der Einhegung von Konflikten konnte aber beobachtet werden, dass eine wachsende Anzahl demokratischer Länder von tiefgreifenden Konflikten und langjährigen Bürgerkriegen erschüttert wurden (vgl. Gurr 1993). Das traf insbesondere für den afrikanischen und den asiatischen Kontinent zu.

Entsprechend stellt sich die Frage, wie sich die Koexistenz von Gewalt (z.B. Bürgerkriege) und demokratischer Ordnung erklären lässt. Eine Erklärungsmöglichkeit bietet der Rekurs auf die Persistenz traditioneller, kultureller Ordnungsmuster und Praxen: Hier wird davon ausgegangen, dass sich entgegen der Annahmen der Modernisierungs- und Demokratisierungstheorie kulturelle Identitäten nicht auflösten und traditionelle Bindungen nur z.T. durch säkular-nationale und bürgerliche

Werte ersetzt wurden. Stattdessen blieben traditionelle Ordnungsstrukturen ein wesentlicher Faktor des persönlichen, gesellschaftlichen und politischen Lebens. Sie spielen weiterhin eine entscheidende Rolle bei der Definition von Staat und Nation, der Bestimmung von Gruppenzugehörigkeit und den Herrschaftspraxen der Eliten. Formal demokratisch, blieben die alten Loyalitäts- und Legitimationsmuster erhalten bzw. amalgamierten zu einem neuen hybriden System. Mit der Demokratie wurden die alten Machtkonstellationen und -kämpfe nicht aufgelöst, sondern verschärften sich unter dem zunehmenden Konkurrenzdruck des demokratischen Wettbewerbs. Globale und nationale Ordnungskonzepte, die fast immer aus westlicher Perspektive gedacht werden, bedürfen daher spezifischer Modifizierungen, wenn sie ihre Funktion erfüllen sollen. Die reine Affirmation eurozentrischer Konzepte kann leicht zu kontra-produktiven Ergebnissen (z.B. Gewalt) führen.

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, wie »Ordnung« im kulturellen Kontext Südasiens gedacht wird und welche Auswirkungen dies auf das universelle Ordnungskonzept der Demokratie hat. Dabei soll insbesondere das Verhältnis von Gewalt und Ordnung analysiert werden. Die Frage, ob unterhalb der formal-demokratischen Ebene bestimmte Ordnungsstrukturen existieren, die Gewalt z.B. als Ressource von Herrschaft begünstigen, stützen, einfordern oder institutionalisieren, soll am Fall einer der ältesten asiatischen Demokratien (Sri Lanka) dargestellt werden. Sri Lanka eignet sich aus mehreren Gründen für die Fallanalyse: erstens ist das Land relativ klein und die Zahl der Akteure ist begrenzt; es verfügt zweitens über eine langjährige demokratische Tradition; drittens herrscht dort bereits seit 1983 ein ethnischer Bürgerkrieg und viertens besitzt das Land eine für Südasien verallgemeinerungsfähige Ordnungsstruktur.

Analytischer Rahmen

»One size fits all?«

Die auf die Binnendimension des demokratischen Friedens (DF) gerichtete Forschung (civil democratic peace) und die Demokratie- und Transformationstheorie legen einen engen Zusammenhang zwischen demokratisch-politischer Ordnung und gewaltfreier Bearbeitung von Konflikten nahe.¹ Es wird angenommen, dass demokratisch verfasste Staaten

1 Vgl. zum Demokratischen Frieden Czempiel (1996); Gantzel/Schwinghammer (1995); Nielebock (1993).

besser als alle anderen in der Lage sind (komplexe) Konflikte auf gewaltfreie Weise zu verhandeln oder beizulegen.

Diese Annahme wird aber durch verschiedene empirische Beobachtungen in Frage gestellt. In vielen multiethnischen Gesellschaften der ›Dritten Welt‹ können stabile demokratische Systeme und massive Gewalt langfristig koexistieren, obwohl die Forschung zum Demokratischen Frieden aufgezeigt hat, dass ein erhöhtes Gewaltniveau nur in der frühen Phase der Demokratisierung zu erwarten wäre, im Verlauf der Konsolidierung der Demokratie aber absinken müsste (vgl. Hegre/Ellingsen/Gates/Gleditsch 2001; Ellingsen/Gleditsch 1997).

Dennoch ist es kaum einer der Demokratien jenseits der ›Ersten Welt‹ gelungen, tiefe gesellschaftliche Bruchlinien (z.B. ethnische oder religiöse Konflikte) und daraus entstehende Spannungen gewaltfrei zu bearbeiten. Wie lässt sich diese Diskrepanz zwischen Theorie und Empirie erklären? Zu beachten ist, dass sich die Problemfälle weitestgehend auf Länder der ›Dritten Welt‹ mit extrem ungünstigen sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen beschränken. Es wäre also durchaus denkbar, dass der Endpunkt der Demokratisierung in manchen Gesellschaften jenseits der ›Ersten Welt‹ Länder das Gegenteil einer stabilen gewaltfreien Ordnung ist. Abgeleitet ergibt sich daraus die Frage nach der Leistungsfähigkeit der Demokratie in der ›Dritten Welt‹ und nach dem Sinn und Zweck einer forcierten Demokratisierung derselben, wie sie heute von einflussreichen Staaten der internationalen Gemeinschaft betrieben wird.

Meine Ausgangshypothese lautet, dass die formale politische Ordnung (i.e. Demokratie) nicht direkt kausal wirkt, sondern in ihrer Bedeutung für das Konflikt- und Gewaltverhalten vom kulturellen Umfeld und den sozialen Praxen abhängt. Aufgrund dieser Abhängigkeit von spezifischen kulturellen Mustern und tradierten sozialen Praktiken erweisen sich demokratische Systeme in heterogenen Gesellschaften als unzureichender Faktor zur Einhegung von Gewalt – im Gegenteil sie können sogar selbst Gewalt verschärfende Dynamiken in Gang setzen.

Kultur und formales Institutionenset sind interdependent: Kulturen stellen jeweils unterschiedlich (gewalthaltige) Handlungsrepertoires zur Verfügung. Formale politische Institutionen wiederum bilden einen Rahmen, innerhalb dessen das gesellschaftliche Handeln abläuft und der damit seinerseits auf die kulturellen Handlungspräferenzen einwirkt. Durch das kulturell gerahmte Handeln der politischen Eliten innerhalb der Institutionen entwickelt sich ein unterschiedlich gewalthaltiges Konfliktverhalten. Kulturelle Muster und soziale Praktiken verformen institutionelle Ordnungsentwürfe, so dass unterschiedlich gewalthaltige politische Praxen der Konfliktbearbeitung entstehen.

Für die Institutionalisierung gewaltfreier Ordnungen in der ›Dritten Welt‹ ist es daher notwendig, die Ausprägungen der kulturellen Muster zu bestimmen, die als ursächlich für die unterschiedliche Gewalthaltigkeit politischer Konfliktbearbeitungsstrategien zwischen gesellschaftlichen Gruppen gelten können. Dieser Ansatz soll zudem über Arbeiten hinausweisen, die davon ausgehen, dass gewaltsam ausgetragene Konflikte vor allem auf kulturellen Abgrenzungsprozessen beruhen; dass also die Tatsache der Grenzziehung zentral ist und nicht der Inhalt, durch den sich die konkreten Kulturen definieren.² Demgegenüber geht es im vorliegenden Paper darum, aus der Analyse des konkreten Zusammenspiels von Kultur und formal-demokratischem Setting Prägungsmuster des Konfliktverhaltens zu isolieren und Ansätze für eine verallgemeinernde Hypothesenbildung zum Zusammenhang zwischen Kultur, Demokratie und Gewalt zu liefern.³

Kognitive Cluster als Fundamente von Konfliktverhalten: Politische Patronage auf kommunalistischer Basis

Die Ordnungssysteme des südasiatischen Raumes zeichnen sich durch eine Reihe gemeinsamer Merkmale aus (vgl. Baxter/Malik u.a. 1993). Während sich die Ordnungs- und Sozialstrukturen auf der kognitiven Ebene am treffendsten durch das Konzept des Kommunalismus⁴ beschreiben lassen, finden sie sich auf der Ebene der Handlungspraxen als Konzept der (politischen) Patronage wieder.

Aus westlicher Perspektive handelt es sich beim Kommunalismus um ein hybrides Übergangsphänomen und Entwicklungshindernis auf dem Weg zu einem modernen Nationalstaat – bestenfalls wird der Kommunalismus eine subkontinentale Version des europäischen Natio-

2 Vgl. Avruch (1998); Eller (1999); Ross (1993); Schmidt/Schroeder (2001).

3 Vgl. die Arbeiten der Forschungsgruppe III, 2 (Kreuzer, Zinecker, Weiberg) der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Unter: <http://www.hsfk.de>.

4 Der Terminus Kommunalismus leitet sich von dem englischen Begriff communal/ communalism = die örtliche Ebene betreffend ab. Im südasiatischen Kontext wird der Begriff oft eng - in Bezug auf eine religiöse Gemeinschaft - verwendet. Hier soll unter Kommunalismus eine Denkweise verstanden werden, die ethnische, religiöse, kastenförmige und familiäre Gruppenzugehörigkeit als identitätsstiftenden Faktor und Grundlage von Handlungspraxen in den Mittelpunkt stellt. Sie steht zudem in scharfer Opposition zu anderen Gruppen. Innerhalb der herrschenden Eliten kommt es zudem aus opportunistischen Gründen auch zeitweise zu einem säkularen Elite-Kommunalismus und Kooperation zwischen den ethnisch-religiösen Eliten.

nalismus gesehen. Als lokales Ordnungsmuster bildete er aber Ressource und Instrument im Kampf um Einfluss auf den Staat. Er aggregiert Interessen und schafft Gruppen, die über eine relativ hohe Kohäsion und eine gemeinsame Weltsicht verfügen.

Patronale Systeme auf kommunalistischer Basis stellen im südasiatischen Raum die zweite wesentliche Organisationsform dar. Das traditionelle Patronagesystem⁵ in Südasiens beruhte auf dem Senioritätsprinzip und familialen Bindungen. Traditionelle Patrone waren zumeist Landbesitzer, die mit Pächtern und Lohnarbeitern eine ständige Gefolgschaft besaßen. Getragen wurde die Verbindung von einer reziproken, persönlichen Beziehung zwischen Klient und Patron, wobei der Klient erwartete, monetäre Zuwendung, soziales Ansehen und Fürsorge zu erfahren. Patronale Ordnungen gehen einher mit bestimmten Vorstellungen von Reziprozität, die sowohl den Status des Patron wie den des Klienten sichern und definieren. Die dörflichen Siedlungen gehörten verschiedenen Familien, die untereinander um die höchste Position im Sozialgefüge konkurrierten. Dazu war es notwendig, über eigene Klienten zu verfügen. Der »Besitz« von Gefolgschaft galt als ein klares Zeichen von sozialer (später auch politischer) Führerschaft. Die Patron- und Klientbeziehung war auf kultischer Ebene zudem in die Vorstellung von einem kosmisch-hierarchischem Ganzen eingebunden.

Patronal-kommunalistische Praxen in demokratischen Systemen haben einen janusköpfigen Charakter: Zum einen stabilisieren sie das politische System, weil sie als Legitimationsressource und Mittel der Herrschaftssicherung dienen. Zum anderen stehen sie in scharfer Konkurrenz zu inklusiven, demokratischen Konzepten der Staatsbürgerschaft, da sie Zugehörigkeit weiterhin nach kommunalistischen Kriterien definieren. Zudem stellen sie das staatliche Gewaltmonopol in Frage und ersetzen dies durch individuelle Autoritäten; politischen Akteure sind oft weitgehend unabhängig vom rechtlichen System und schaffen sich selbstdefinierte Räume von Recht, Gesetz und Gewalt (Rupesinghe/Mumatz 1996). Ferner verlieren traditionell vorhandene Konflikte und Gewalt nach der demokratischen Transformation nicht selten ihre lokale Begrenzung und werden in einer politisierten Form zur informellen Praxis des gesamten politischen Systems. Bezüglich der Faktoren Konflikt und Gewalt bieten patronal-kommunalistische Ordnungen also weitgehende Anschlussmöglichkeiten. Diese liegen zum einen in der Struktur der kommunalistischen Patronage selbst und zum anderen in der Affirmation auf das demokratische System begründet.

5 Zum Patron-Klient-Verhältnis vgl. Clapham (1982); Weber-Pazmino (1991).

In ethnisch heterogenen Gesellschaften geht mit diesen Ordnungsstrukturen auch die Unterdrückung oder der Ausschluss von Minderheiten einher. Als Reaktion droht dann im äußersten Fall die Infragestellung des Staates durch Sezessionsbestrebungen oder der Staatszerfall. Kommunalistische und patronale Gewaltsysteme wurden nach der Staatsgründung in den meisten südasiatischen Ländern in Form von Unruhen, Rebellionen oder Bürgerkriegen zur dominanten Gewaltform.

Traditionelle Ordnungssysteme, Demokratie und Gewalt in Sri Lanka

Die Genese des sri-lankanischen Staates

Sri Lanka wird 1948 unabhängig. Aus dem Konflikt zwischen den Bevölkerungsgruppen der Insel (78% buddhistische Singhalesen, 12% hinduistische Tamilen) entwickelte sich ab 1983 ein offener Bürgerkrieg. Auf Seite der Singhalesen entwickelte sich ein Unbedingtheitsanspruch auf sämtliche ökonomischen, politischen und kulturellen Ressourcen des Landes. Diskriminierung durch den Staat, Missachtung der Gruppeninteressen und Kultursymbolen wurden von den Tamilen als existenz- und identitätsbedrohend erlebt und führten zur Verstärkung der eigenen Gruppenidentität, sichtbar in der Forderung nach einem eigenen tamilischen Staat. Seit Mitte der 1970er Jahre wurde dieses Ziel von einer tamilischen Guerilla, den Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), gewaltsam eingefordert.⁶

Mit der Unabhängigkeit und der Einführung der Demokratie fanden die inner- und interethnischen Konflikte einen Rahmen, der wesentlich zur Eskalation beitrug. Die politischen Eliten beider Ethnien sahen ihre jahrhundertealte Vorrangstellung durch das allgemeine Wahlrecht gefährdet. Die Tamilen, weil sie ihre seit Kolonialzeiten herausgehobene Stellung in der Administration bedroht sahen, die Singhalesen, weil sie die Stimmen der bisher unterdrückten und ausgebeuteten Kasten einwerben mussten. Um die singhalesischen Wähler zu gewinnen, betrieb die singhalesische Elite eine ethnische Klientelpolitik, die die singhalesische Ethnie bevorzugte und die Tamilen zurücksetzte. Mit den Verfassungsänderungen 1972 und 1978 manifestierte sich die Vorherrschaft der Singhalesen innerhalb eines auf das nationale Zentrum ausgerichteten Systems und wurde zunehmend autoritärer und diktatorischer.⁷

6 Zur LTTE vgl. Swamy (1994); Hellmann-Rajanayagam (1994).

7 An der Spitze des Staates stand nach 1978 ein mit weitreichender Exekutivgewalt ausgestatteter Präsident.

Der Staat entwickelte sich nach der Unabhängigkeit zum Zentrum der Ressourcenverteilung: Die Allokation und Distribution wurden dabei traditionell über die alten Patronagenetzwerke vorgenommen. Sie gingen in der Anfangszeit an die Honoratioren der politischen Elite, später an die Parteien der nationalen Ebene über. Jeder Politiker war bestrebt, für sich und seine Klienten Mittel zu sichern. Dabei ging man nach dem Grundsatz vor: »the-winner-takes-it-all«. Diese Regel forcierte nicht nur den interethnischen Gegensatz, sondern führte auch zu gewaltsamen innerethnischen Spannungen. Gewalt wurde als Mittel der Herrschaftssicherung und zur Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnungs- und persönlichen Machtstrukturen eingesetzt. Private Schlägertrupps bedrohten oppositionelle Kandidaten und Wähler, die politische Opposition wurde behindert, ein Aufstand singhalesischer Jugendlicher zweimal brutal niedergeschlagen.⁸

Trotz demokratischer Verfasstheit ist Sri Lanka gleichzeitig gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Gewalt, die sowohl von staatlichen wie para- und nichtstaatlichen Organisationen ausgeht. Die friedliche Bearbeitung von Konflikten ist auch nach über 50 Jahren Demokratie nur eingeschränkt vorhanden. Eine sehr ähnliche Entwicklung sehen wir auch in Indien und Bangladesch: Beide Länder besitzen ein demokratisches Regierungssystem und sind seit ihrer Unabhängigkeit durch ein hohes Maß an politischer und gesellschaftlicher Gewalt gekennzeichnet.

In Sri Lanka wird das hohe Maß an Gewalt meist als Folge des ethnischen Konfliktes gesehen, weil der Staat auf die Attentate der tamilischen Guerilla militärisch reagieren musste. In der Folge sei es zur Eskalation, Normalisierung und Routinisierung von Gewalt gekommen. Diese Argumentation besitzt bei näherer Betrachtung jedoch nur beschränkte Erklärungskraft. Obwohl Ethnizität als Legitimationsdiskurs eine wichtige Rolle spielt, kann dies die Persistenz von Gewalt innerhalb des demokratischen Systems nicht ausreichend begründen. Auch die klassischen Ansätze zur Erklärung von Bürgerkriegen und Gewalt, welche eine motiv- bzw. bedürfnisorientierte Herangehensweise favorisieren oder die Deprivation und Frustration einer Gruppe als erklärende Variable setzen bzw. ökonomische Erklärungsmodelle für die entscheidenden Faktoren halten, sind unzureichend. Zu beachten ist, dass nach der Unabhängigkeit die alten Loyalitäts- und Legitimationsmuster erhalten blieben bzw. mit den demokratischen Systemelementen zu einem gewalthaltigen, hybriden System amalgamierten. Der demokratische Systemtyp allein garantiert noch keinen friedlichen und stabilen Staat. Notwen-

8 Vgl. für Sri Lanka die Klassiker von Wriggins (1960); Kearney (1973); de Silva (1977); Wilson (1988).

dig - für den Aufbau einer gewaltfreien Ordnung ist die Kenntnis der zugrunde liegenden traditionellen Ordnungsstrukturen, die mit dem demokratischen Systemtypus interagieren. Über diese traditionellen bzw. amalgamierten Muster werden z.B. die Angemessenheit der Mittel (Legitimation von Gewalt) und die potentiellen Lösungsmöglichkeiten in konflikthaften Situationen (kooperative vs. konfrontative Strategien) bestimmt. Dabei ist festzustellen, dass ethnische Konflikte oft nicht die Ursache von Gewalt sind, sondern vielmehr das Symptom einer Herrschaftspraxis und eines Ordnungssystems, die gewalthaltige Muster aufweisen⁹ Wie die traditionellen Ordnungsstrukturen und das demokratische System interagieren, wird folgend dargestellt.

Ordnungs- und Konfliktebenen in Südasien: Familialism, Castism and Communalism

Südasien's Gesellschaften bestehen aus einer Vielzahl ethnisch, religiös und sozial heterogener Gruppen, deren externe und interne Gruppenloyalitäten oft konfliktieren bzw. entgegengesetzt sind. Die bestehenden Ordnungs- und Konfliktebenen lassen sich konzeptionell mit den Begriffen von »familialism, castism and communalism« erfassen (Ryan 1953: 172). Diese Strukturen waren fast überall leichter in exklusive Nationalismen zu verwandeln als dass sie anschlussfähig gewesen wären für multiethnische, inklusive Konzepte. Mit der Übernahme dieser Strukturen in das demokratische System wurden auch die zugehörigen Konflikte übertragen. Die bis dato lokale Reichweite der Konflikte wurde auf die nationale Ebene ausgedehnt.

Wie oben bereits angesprochen sind kommunalistische und patronale Konflikte in nahezu allen Ländern Südasien's die beherrschende Gewaltursache (vgl. Akbar 1988; Gold 1991; Graham 1990). In Indien¹⁰ wird dies auf der nationalstaatlichen Ebene sichtbar in der Abtrennung der

9 Beispielhaft ist hier der brutal niedergeschlagene innersinghalesischen Konflikt zwischen der Regierung und aufständischen singhalesischen Jugendlichen der Janatha Vimukthi Peramuna (= Peoples Liberation Front) 1971 und 1987-89. Dieser zeigt, dass bestimmte Muster der Konfliktbearbeitung wirksam sind, die sich nicht auf ethnische Differenzen zurückführen lassen, sondern allgemeine Handlungsmuster der Regierenden sind.

10 Bevölkerung nach Religionszugehörigkeit: 80,5 % Hindus, 13,4 % Muslime (hauptsächlich Sunniten), 2,3 % Christen, 1,9 % Sikhs, 0,8 % Buddhisten, 0,4 % Jainas und 0,6 % Weitere (z.B. Adivasi, Bahai, Parsen, Quelle: Census of India 2001. Ethnisch gesehen ist Indien ein Vielvölkerstaat, dessen Großgruppen (ca. 72% Indoarier, 25% Draviden, 3% Sonstige- v.a. tibeto-birmanische, Munda- und Mon-Khmer-Völker; 8,2 % indigene Stammesbevölkerung) in die politisch wichtigeren Internationalitäten zerfallen.

muslimischen Republik Pakistan 1947, auf bundesstaatlicher durch zahlreiche separatistische Aufstände und regional in Form von zahllosen Unruhen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Dynastische Herrschaftsformen und Gewalt gegen untere Kasten koexistierten mit demokratischen Wahlen und politischen Quotenregelungen für Minderheiten sowie spezifischen Autonomierechten.¹¹

In Bangladesch zeigt sich ein ähnliches Bild: Das Land ist ethnisch zwar relativ homogen,¹² wurde aber trotzdem seit seiner Gründung 1971/ 72 immer wieder von Gewalt erschüttert. Zum einen bildeten sich schon kurz nach der Unabhängigkeit auf nationaler Ebene quasi diktatorische Ordnungsstrukturen unter Sheikh Mujibur Rahman und seiner Awami League (AL) heraus. Diese Strukturen vertieften sich unter der Führung des Landes durch General Ziaur (Bangladesh National Party, BNP) und später Lt. General Ershad (Jatiya Party, JP).¹³ Zum anderen wurde die Hindu-Minderheit im vorwiegend muslimischen Bangladesch immer wieder Opfer von Gewalt, weil man sie als Handlanger des Nachbarstaates Indien, Verräter oder Staatsgegner ansah. Die Ausschreitungen wurden dabei (wie auch in Indien und Sri Lanka) bis zu einem bestimmten Grad durch die politische Elite geduldet oder unterstützt. Gleichzeitig konnten sich die Eliten aber auch auf die »Beteiligung« der Bevölkerung verlassen, die sich in allen Ländern spontan und dynamisch mobilisieren ließ (vgl. Harder 2003).

Kooperation und Einigkeit waren in diesen demokratischen Systemen eher die Ausnahme: Kasten-, Religions- und Sprachenunterschiede, der Wettstreit der verschiedenen Familienclassen und lokale Unterschiede verhinderten die Herausbildung eines gemeinsamen Ethos. Es bestand kein übergreifendes System der allgemeinen Wohlfahrt, sondern der Einzelinteressen. Kooperative Verhaltensmuster und Orientierungen, insbesondere innerhalb der politischen Eliten, wären aber notwendig

11 Zur Geschichte und politischen Entwicklung Indiens vgl. Brass (1994); Kohli (2001). Zum Kastenwesen vgl. Dumont (1976); Fuller (1996).

12 Der Großteil der Bevölkerung, 88%, bekennt sich zum Islam, 10% zum Hinduismus, 1% zum Buddhismus, 3% zum Christentum. Ethnisch gesehen sind 98% Bengalen mit Muttersprache Bengalisch. Zu den wenigen Minderheiten gehören die urdu-sprechenden Bihari (1%), der Rest verteilt sich auf verschiedene Stammesvölker, meist tibeto-birmanischer Abstammung und Sprache. Bengalentum und das Bekenntnis zum Islam stellten nach der Ablösung von Pakistan 1971 die beiden identitätsstiftenden Kategorien des Staates.

13 Während die AL versuchte an einem säkularisierten Bengali-Nationalismus festzuhalten, folgten die anderen Parteien einem muslimischen Bangladeschi-Nationalismus. Unter Bengalis fielen damit Inder und Hindus, Bangladeschi hingegen waren kulturell (ethnisch) eigenständige Muslime. Vgl. Conrad/Zingel (1994).

gewesen, um nach der Unabhängigkeit stabile und übergreifende Koalitionen zwischen den heterogenen Gruppen zu bilden. Gesellschaftsübergreifende Kooperation und Inklusion war nur rudimentär vorhanden, beides erstreckte sich primär auf die eigene Familie, Kaste oder Ethnie und Religionsgemeinschaft. Die Vermittlung zwischen dem demokratischen Staat und der Bevölkerung bestand über Patronagenetzwerke und lokale Zugehörigkeiten.

Zur Interaktion von Demokratie und traditionellen Ordnungsstrukturen

Mit der Unabhängigkeit musste die Patronagekultur die neuen politischen Institutionen (Staat, Parteien) mit einbeziehen. Die Einführung der Demokratie bewirkte jedoch nur eine Verlagerung, aber kein Verschwinden der Patronagestrukturen. Stattdessen wurde der soziale Raum politisiert. Die neuen Patrone mussten nicht über Landbesitz verfügen, sondern über Beziehungen zur Politik. Oft waren sie selbst Politiker oder lieferten den Politikern als »Broker« die benötigten Wählerstimmen. Die Aufgabe der Klienten bestand nun in der Unterstützung der Wahlkampagnen und der »richtigen« Stimmabgabe bei den Wahlen. Als Gegenleistung wurden von den Patronen Arbeitsplätze, der Zugang zu Schulen, Landrechte usw. verteilt. Die reale Macht der Elite-Familien beruhte in Sri Lanka beispielsweise auf ländlichen Wahlbezirken, in denen ihr Clan ausgedehnte Besitzungen hatte. Nicht selten sprach man davon, dass ganze Bezirke zu »einer Familie gehörten«. Es bestand eine Art feudales System, das »*promoted benevolent authoritarianism on one side and unquestioned obedience and loyalty on the other side*«. (Kariyakarawana/ Sri Wijesinghe 1981: 212) Damit berief sich die Elite auf quasi-feudale Obligationen. Übergeordnete politische Inhalte waren gegenüber der lokalen Patronage nachrangig; entscheidend blieb der lokale Nutzen, der sich aus materieller Fürsorge und sozial-religiöser Wohltätigkeit zusammensetzte. Wohlfahrtsmaßnahmen wurden von den Wählern als selbstverständliche Gegenleistung erwartet.

In Bangladesch wird die politisch herrschende Schicht heute von den städtischen Akademikern und Geschäftsleuten gestellt. Es existiert zwar kein ausgeprägtes Großgrundbesitzertum, das Prinzip der »Vote-Banks« ist aber weit verbreitet und wird getragen von einer Vielzahl mittelgroßer Landbesitzer mit abhängigen landlosen Klienten. Da die Mehrzahl der Bevölkerung Bangladeschs auf dem Land lebt und oft illiterat ist, sind sie auf die lokalen Eliten angewiesen. Die gemeine Bevölkerung besitzt - anders als in Indien - kaum eigene politische Interessenvertretungen oder Massenorganisationen. Politik ist zudem hochgradig zentra-

listisch-urban organisiert. Die Lokalregierungen in Bangladesch sind abhängig von Dhaka und können leicht manipuliert werden. Posten werden meist an die ökonomisch besser gestellten Klienten der regierenden Partei vergeben.¹⁴

In Südasien konnte sich trotz demokratischer Institutionen und freier Wahlen das Modell der »dynastischen Demokratie«¹⁵ d.h. der Kasten-dominanz und der familialen Clanstrukturen erhalten, auch wenn die Zusammensetzung des Parlaments heute stärker diversifiziert ist.¹⁶ Entgegen den Erwartungen reduzierte das allgemeine Wahlrecht nicht die Anzahl der Mitglieder aus traditionellen Familien und Kasten,¹⁷ sondern festigte deren Position.

14 Vgl. Baxter (1997); Thiagarajah (1997).

15 Zum Konzept der Dynastie und zur Schwächung der Institutionen durch das dynastische Prinzip vgl. Gill (1996).

16 In Sri Lanka rekrutiert sich die Führungsriege der UNP beispielsweise aus der Senanayake-Kotelawela-Jayawardene Familie. Diese familialistische Struktur zeigt sich bis heute: So ist der Sohn von Gamini Dissanayake (ermordeter Präsidentschaftskandidat 1994), Navin Dissanayake, heute (2006) gleichzeitig der Schwiegersohn des stellvertretenden Parteivorsitzenden Karu Jayasurya. Weiteres aufstrebendes Parteimitglied ist Sajith Premadasa, Sohn des früheren Präsidenten Premadasa. Auch territorial zeigt sich bis heute die Tendenz zur Familienherrschaft. In Kegalle werden z.B. traditionell die Angehörigen der Senanayake-Wijeratne und Siyambalapitiya Familie gewählt. Auch die Führung der SLFP rekrutiert sich aus einer Familie (Bandaranaike). Die beiden UNP-SLFP Familien-Clans überlappen sich aber auch durch Einheiraten und politisch durch zahlreiche Cross-Over zwischen den Parteien. Vgl. Kreuzer/Weiberg (2007).

17 Ausnahme ist in Sri Lanka nur Premadasa, der aus einer niederen Kaste stammte, allerdings war sein Vize D.B. Wijetunga ein Goyigama.

Tabelle 1: Kasten-/Parteizugehörigkeit der Premiers und Präsidenten in Sri Lanka 1947-2006

Premiers	Partei	Amtszeit	Kaste
Don Stephan Senanayake	UNP	1947-1952	Goyigama
Dudley Senanayake	UNP	1952-1953, März-Juli 1960, 1965-70	Goyigama
Sir John Kotelawela	UNP	1953-1956	Goyigama
S.W.R.D. Bandaranaike	SLFP	1956-1959	Goyigama
W. Dahanayake	SLFP	1959-1960	Goyigama
Sirimavo Bandaranaike	SLFP	1960-1965, 1970-1977	Goyigama
Präsidenten			
J.R. Jayawardene	UNP	1977-88	Goyigama
R. Premadasa	UNP	1988-1993	Hinna
Chandrika Kumaratunga	SLFP	1994-2005	Goyigama
Mahinda Rajapakse	SLFP	2005-	Goyigama

Zur Konstitution des indischen Parlaments vgl. Prakash (1995).

In Indien folgte auf den Gründungsvater Jawaharlal Nehru dessen Tochter, Indira Gandhi, dann deren Söhne, Sanjay und Rajiv. Nach dem frühen Tod der Gandhi-Söhne trug die Partei schließlich der Witwe Rajivs, Sonia Gandhi, die Leitung der Congress-Partei bzw. den Premierposten an.¹⁸ In Bangladesch alternierte die Macht zwischen zwei bzw. drei Dynastien. Nach der Ermordung von Sheikh Mujibur Rahman 1975, dem Gründungsvater der Nation, übernahm General Ziaur Rahman die Herrschaft, bis er 1981 ebenfalls ermordet wurde. Ihm folgte sein Stellvertreter General Husain Mohammed Ershad. Seit der Wiederherstellung der Demokratie wechselte der Premierposten zwischen der Tochter M. Rahmans, Sheikh Hasina Wajed (AL), und der Witwe Zias, Begum Khaleda Zia (BNP). Gemäß dem dynastischen Prinzip versuchte Hasina auch, ihre jüngere Schwester Rehana als ihre Nachfolgerin aufzubauen; Begum Zia strebte ihrerseits danach, ihren Sohn Tariq als politischen Erben einzusetzen.¹⁹ Die Monopolisierung von Macht und Ressourcen bei der herrschenden Partei (Clan) und persönliche Abhängigkeiten der Wähler führen zu einer starken Polarisierung innerhalb der Bevölkerung und einer oft gewaltsamen Eskalationen zwischen den Parteien bzw. ihren Anhängern. Eines der häufig eingesetzten Mittel ist der (von Gewalt begleitete) Generalstreik, der so genannte *hartal*.

Auch innerhalb der politischen Parteien herrscht wenig Kooperation. In Sri Lanka ebenso wie in Indien (insbesondere unter Indira Gandhi) und Bangladesch sind die innerparteilichen Organisationsstrukturen wenig demokratisch. Unliebsame Konkurrenten oder Kritiker werden einfach kaltgestellt oder ausgeschaltet.²⁰ Die Parteien Südasiens sind meistens ein loser Verbund rivalisierender Fraktionen, die v.a. durch eines zusammengehalten werden: den Wunsch, die nächsten Wahlen zu gewinnen oder an der Macht zu bleiben (Malhorta 2004).

Die Einführung der Demokratie konnte in Südasien weder den patronalen Habitus der Eliten noch die gruppenspezifischen Loyalitäten aufbrechen. Prominent ist die Sichtweise, dass [...] »a ruler who could not help his family and friends and harm his enemies was not good at all« (Malhotra 2004: 26). Die Verantwortlichkeit vorrangig der eigenen Familie, Kaste und kommunaler Gemeinschaft gegenüber dominiert weithin das Verhalten der Politiker und ist allgemein akzeptiert. Da die Demokratie in allen südasiatischen Ländern als Null-Summenspiel per-

18 Vgl. für Indien: Adams/Whitehead (1997); Manor (1994); Park/Tinker (1959).

19 Vgl. für Bangladesh Kibra (1999); Sobhan (1993).

20 So betrieb Hasina beispielsweise die Verhaftung alter Parteikader der AL. Einige von ihnen wurden während der Haft ermordet.

zipiert wird, können niemals alle Bevölkerungsgruppen, sondern nur ausgewählte Segmente profitieren (vgl. Stern 2001).

Hybride Systeme und Gewalt

Diese Ordnungsstrukturen sind hochgradig konflikthaft und führen zu einem Politikmuster, das stark konkurrenzorientiert, konfliktgeladen bis gewalthaltig ist. Zusammenstöße zwischen verschiedenen Führern, Attentate und gegenseitige Bedrohung charakterisieren das Verhalten der heutigen politischen und lokalen Führer.²¹ Mit der demokratischen Ordnung werden die alten Machtkonstellationen und -kämpfe nicht aufgelöst, sondern verschärfen sich unter dem zunehmenden Konkurrenzdruck des demokratischen Wettbewerbs. Um wettbewerbsfähig zu sein, werden die kommunalistisch-patronalen Sozialstrukturen politisiert. Das führt allerdings auch dazu, dass die traditionelle Gewalthaltigkeit des Systems (z.B. ordnende Gewalt der Patrone gegen Angehörige niederer Kasten) übernommen wird, gleichzeitig aber ihre lokale Begrenzung verliert. Sie weitet sich auf die nationale Ebene aus, z.B. als Gewalt der Mehrheitsethnie gegen die Minderheiten.

Der Rekurs auf die patronal-kommunistische Strukturen erklärt auch, wieso eine relative Verknappung der Ressourcen, wie sie z.B. in Sri Lanka nach der Unabhängigkeit auftritt, zum Ausschluss von ganzen Bevölkerungsteilen bzw. zu sozialen Unruhen führen konnte. Innerhalb einer Struktur, die auf die eigene Verwandtschaftsgruppe ausgerichtet ist und kein System der allgemeinen Wohlfahrt und Inklusion kennt, muss eine Ressourcenverknappung zu einem Anstieg des inner- und interethnischen Wettbewerbs führen. Die Hemmschwelle diesen Wettbewerb mit Gewalt auszutragen, ist umso niedriger, als stabile Strukturen fehlen und die direkten personalisierten Abhängigkeitsverhältnisse überwiegen, die nicht nur den ökonomischen, sondern auch den sozialen Status bestimmen. Demokratische Strukturen, mit kurzen Zeitspannen der politischen Macht (Wahlzyklus), erhöhen die Notwendigkeit, das System zu manipulieren oder mit Gewalt zum eigenen Vorteil zu verändern und festzuschreiben.

Gewalt wird präventiv und reaktiv eingesetzt und ist ein legitimes und notwendiges Mittel der Konfliktbearbeitung, wenn tradierte Ordnungs- und Sozialstrukturen gefährdet sind. Gewalt wird initiiert durch die herrschende Gruppe (die Eliten der Mehrheitsethnie bzw. -religionsgemeinschaft) und als ordnende, sühnende Gewalt klassifiziert. Gewalt ist keineswegs beschränkt auf die Zeiten und Orte der bewaffne-

21 Vgl. Field (1995).

ten Konflikte. Ordnungsstiftende und bestrafende Gewalt gegen sozial niedrige Klassen/ Kasten und Kriminelle ist die Regel. Ebenso wird Gewalt gegen politische Journalisten, unbestechliche Richter, bekannte Persönlichkeiten oder NGO-Mitarbeiter eingesetzt. Häufig entsteht zudem eine Kultur der Straflosigkeit, in der sich die Gewalt immer weiter potenzieren kann. Strafgesetze und Untersuchungsausschüsse haben selten allgemeine Gültigkeit, sondern richten sich v.a. gegen die Opposition und Abtrünnige aus den eigenen Reihen. Die permanente Anwendung von Gewalt führt wiederum zu einer Routinisierung, Institutionalisierung und Brutalisierung der Strukturen sowie zu einer Proliferation der Gewaltakteure und Anlässe. Ein Kreislauf von Gewalt wird initiiert, in dem Gewalt schließlich die »normale« (d.h. angemessene, legitime, strategisch richtige und allgegenwärtige) Antwort darstellt. Es beginnt eine Eskalationsspirale, die zyklisch auf bestimmte Höhepunkte zusteuert und wieder abfällt, aber grundsätzlich niemals zum Ende kommt. Ihren Ausdruck findet die Gewalt in immer wiederkehrenden Unruhen und Aufständen.

Resümee

Gesellschaftliche Ordnungs- und Identitätsstrukturen

Der kulturelle Mikrokosmos Südasiens ordnet sich entlang der Linie Sprache, Religion, Ethnie, Kaste und Verwandtschaftsgruppe, deren innere Spannung (ökonomisch, politisch und sozial) erheblichen Einfluss auf das politische Setting hat. Der Kampf um Familienprestige ist ebenso ein dominanter Faktor in der Politik wie die Rekrutierung der politischen Elite aus bestimmten Familien oder Kasten. Im Kampf um die politischen Führungspositionen wurde ein kooperatives Bewusstsein der Eliten hinter den »demokratischen Wettbewerb« um die Wählerstimmen und die Sicherung der eigenen Position im Sozialgefüge zurückgedrängt. Die südasiatischen Länder sind im Inneren trotz übergreifender nationaler Ideologien weniger eine Einheit, als ein Verbund heterogener Gemeinschaften. Erhalten blieb auch im demokratischen System ein Muster, das Politik personalisierte und das nationale Wohl internen Konkurrenzkämpfen und multiplen Gruppenloyalitäten unterordnete. Lokale Muster von Herrschafts- und Machtbeziehungen werden mit weitreichenden Folgen von der lokalen auf die nationale Ebene übertragen und prägen dort das Verhalten der Akteure.

Kommunalistische Patronagesysteme und Gewalt

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass kulturelle Ordnungsmuster einen wesentlichen Beitrag zur Erklärung der Gewalt in Südasien liefern. Die demokratischen Ordnungsstrukturen gehen mit massiver Gewalt einher, weil Elite und Bevölkerung:

1. weiterhin geprägt sind von kommunalistischen Sozialstrukturen, in denen verschiedene Loyalitäten und Identitäten von Gruppen konfliktieren. Diese kommunalistischen und familialen Strukturen behindern die Entstehung von Kohärenz, Kooperation und integrativen Konzepten und Verhalten. Zudem erhöhen die intraethnischen Konflikte, welche oft über Gewalt ausagiert werden das Gesamtgewaltniveau;
2. eine Diskrepanz zwischen traditionellem Machtzugang (langfristig; Zugehörigkeit zu einer Familie, Landbesitz) und staatlichem System (zyklisch; Wahlen, staatliche Ressourcen) wahrnehmen, die mit Hilfe von Gewalt überbrückt werden kann;
3. durch einen Mangel an kooperativen Praktiken und starke Konkurrenz innerhalb und außerhalb der eigenen Familie, des Clan und ethnischen Gruppen geprägt sind. Patronale Personalisierung von Macht wird durch Gewalt abgesichert;
4. die zu siegreichen Clans/ Parteien/ zur Mehrheitsbevölkerung gehören, den »Rest« exkludieren. Dabei wird einerseits die Exklusion über Gewalt durchgesetzt und es kommt andererseits zur gewaltsamen Gegenwehr der Ausgeschlossenen;
5. Auseinandersetzungen und Gewalt vielfach auch das Ergebnis von »normalen« Familienfehden oder einer politischen Form von Familiengeschäften (family business) durch zentrale staatliche/ politische Entscheidungsträger begreifen;
6. kein nationales System der allgemeinen Wohlfahrt aller Bevölkerungsgruppen kennen, sondern Einzelinteressen und sektorale Zuweisungen die Distribution prägen, was die Konkurrenz zwischen und innerhalb der ethnischen Gruppen noch verstärkt;
7. Macht und Status als Nullsummenspiel perzipieren. Auf der Seite der Sieger zu stehen bedeutet gleichzeitig, alle anderen auszuschalten;
8. durch die Zentralisierung des politischen Systems und die kaum begrenzte Machtfülle der Parlamentarier das gesamte Leben bis zur untersten Ebenen politisiert haben. Dementsprechend besteht eine hochgradige Abhängigkeit und gleichzeitig ausgeprägte Mobilisierungsoptionen für einflussreiche Auftraggeber von Gewalt.

Die entstandenen Systeme der Gewalt sind gekennzeichnet durch:

1. Patronagenetzwerke, die die Grundlage und Strukturelement von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Machtpositionen sind. Je mehr Klienten ein Patron hat, desto höher seine Position und je stärker und durchsetzungsfähiger der Patron, desto höher auch die Position seiner Klienten. Diese Netzwerke, die über den Status einer Person entscheiden, werden über Gewalt stabilisiert.
2. das Fehlen verlässlicher administrativer und rechtsstaatlicher Strukturen. Deshalb muss auch auf informelle Optionen (z.B. Patronage, Gewalt) zurückgegriffen werden. Gegenseitige Exklusion ist dabei das oberste Gebot;
3. den demokratischen Regierungszyklus der politischen Akteure. Das Streben nach dauerhafter Machtsicherung und Status verleitet die Akteure das System zu manipulieren oder über Gewalt zu ihren Gunsten zu verändern und festzuschreiben;
4. reziproke Zyklen der Gewalt. Gewalt löst ihrerseits wieder Gewalt zwischen rivalisierenden Faktionen (z.B. im Wettbewerb um Ressourcen) aus, um sich für den erlittenen Ausschluss zu rächen;
5. die Entwicklung einer Dispersion von Gewaltanlässen und Formen, in denen sich private, politische und ethnische Konfliktkomponenten mischen und perpetuieren;
6. eine Proliferation der Gewaltakteure. Das staatliche Gewaltmonopol wird hierbei durch autonome Akteure (Parlamentarier, lokale Autoritäten; unkontrollierte Verschränkung von Polizei, Armee, Paramilitärs, privaten Schlägertrupps/ Todesschwadronen) in Frage gestellt oder ersetzt;
7. die selbstdefiniert Räume von Recht, Gesetz und Gewalt, in denen die Akteure weitgehend autonom vom rechtlichen System agieren. Die Verschränkung der obersten Ebene von Politik, Justiz und Sicherheitskräften (familiäre Verbindungen; Aufnahme von kriminellen Elementen durch Patronage) begünstigt diese Entwicklung;
8. Konzepte, die auf Loyalität und Patronageverpflichtungen rekurrieren und dadurch das demokratische Verfahrensverständnis außer Kraft setzen. Es entsteht eine Kultur der Straflosigkeit, in der Gewalt nicht sanktioniert, sondern honoriert wird;
9. den Erfolg von Gewaltstrategien. Dies führt zur faktischen Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung (notwendige Strategie um Ziele zu erreichen) bzw. zur Paralyse der (friedlichen) Zivilgesellschaft.

Mit Blick auf die Entwicklung der Länder Südasiens kann zusammenfassend angenommen werden, dass demokratische Systeme ein unzureichender Faktor zur Einhegung von Gewalt sind. Politische Ordnungen (i.e. Demokratie) wirken nicht direkt kausal, sondern sind in ihrer Be-

deutung für das Konfliktverhalten vom kulturellen Umfeld und den sozialen Praxen abhängig. Die konkrete Funktionsweise und -fähigkeit einer Demokratie hängt von den kulturellen Bedeutungssystemen und Handlungsstrategien ihrer Akteure ab. Spezifische kulturelle Muster und soziale Praktiken über- und verformen formale institutionelle Ordnungsentwürfe, so dass unterschiedlich gewalthaltige politische Praxen der Konfliktbearbeitung entstehen.

Dass bedeutet auf der anderen Seite nicht, dass die Welt aufgeteilt ist in Blöcke aus Religionen, Kulturen oder Zivilisationen, von denen einige mit dem demokratischen System kompatibel sind und andere nicht. Jede Kultur beinhaltet verschiedene potenziell mögliche Realisierungen. Auch wenn die Demokratie in den letzten Jahrhunderten stark von europäischen und amerikanischen Analysen und Erfahrungen beeinflusst worden ist, kann man daraus keine wesensmäßige und seit langem bestehende Dichotomie zwischen dem Westen und dem Nichtwesten konstruieren. Vielmehr scheitern internationale Bemühungen, der eskalierenden Gewalt Einhalt zu gebieten, zu oft an einer Konzeptlosigkeit, die das direkte Resultat von Unkenntnis über die indigenen Kulturen und Ordnungsstrukturen sind. Eine Politik, die auf die Zivilisierung von Konflikten und ein gewaltfreies Miteinander abzielt, muss entsprechend offen hinterfragen, welche Ausprägung einer politischen Ordnung die besten Chancen für eine friedliche Interaktion beinhalten kann.

Eine Demokratie westlichen Zuschnitts wird in den Ländern jenseits der ›Ersten Welt‹ in absehbarer Zeit nur z.T. realisierbar sein. Die »dritte Welle der Demokratisierung« hat uns wenige echte Demokratien, dafür aber viele dauerhafte Transitionsländer beschert, die sich in einer Grauzone zwischen Autokratie, patronal-klientelistischem System und Demokratie bewegen. Das Dilemma ist: Informelle Institutionen und Praktiken erhöhen zwar oft das Gewaltpotenzial, vermindern die Entwicklungschancen und schwächen die Glaubwürdigkeit der Demokratie. Andererseits verbessern auch hybride Systeme die Partizipationschancen der Bevölkerung und können v.a. bei schwachen Staaten Steuerungsleistungen erbringen und Funktionsdefizite ausgleichen.

Für die demokratieexportierenden Länder wird es darauf ankommen 1. die informellen Strukturen zu identifizieren; 2. für den jeweiligen Einzelfall zu prüfen, welche Wirkungen diese auf die Gesellschaft und ihre Potentiale besitzen (z.B. hinsichtlich der Partizipationschancen, Frieden, Entwicklung); 3. im Rahmen der Demokratieförderung positiv wirkende traditionelle Institutionen zu stärken und zu integrieren; 4. gleichzeitig die formellen Institutionen effektiver zu gestalten und in der Bevölkerung zu verankern; 5. Maßnahmen zur gezielten Schwächung »negativer« informeller Institutionen zu ergreifen. Letztlich wird es dar-

auf ankommen, die »best institutions und practices« zu identifizieren, die unter den spezifischen Bedingungen hybrider Demokratien funktionieren können (Schmidt 2001).

Literatur

- Adams, J./Whitehead, Ph. (1997): *The Dynasty-The Nehru-Gandhi-Story*, New York: TV Books Inc.
- Ders. (1988): *Riot after Riot. Reports on Caste and Communal Violence in India*, New Delhi: Penguin Book.
- Avruch, Kevin (1998): *Culture and Conflict Resolution*, Washington D. C.: United States Institute of Peace Press.
- Baxter, Craig/Malik, Yogendra K. u.a. (1993): *Government and Politics in South Asia*, Boulder/San Francisco/Oxford und Lahore/Islamabad/Karachi: Westview Press/Pak Book Corporation.
- Baxter, Craig (1997): *Bangladesh. From a Nation to a State*, Boulder/Oxford: Westview Press.
- Brass, Paul.R. (1994): *The New Cambridge History of India. The Politics of India since Independence*, New Delhi: Foundation Books.
- Clapham, Christopher (Hg.) (1982): *Private Patronage and Public Power. Political Clientelism in the Modern State*, London: Frances Printer, S. 1-35.
- Collier, Paul/Hoeffner; Anke (2001): *Greed and Grievances in Civil War* Washington, D.C.: World Bank Policy Research Working Papers 2355, <http://econ.worldbank.org/files/12205greedgrievances23oct.pdf>.
- Conrad, Dieter/Zingel, Wolfgang-Peter (1994): *Bangladesh*, Stuttgart: Franz-Steiner-Verlag.
- Czempiel, Ernst-Otto (1996): *Kants Theorem, Oder: Warum sind Demokratien (noch immer) nicht friedlich?* Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Nr. 1, S. 79-101.
- Dumont, L.M. (1976): *Gesellschaft in Indien: Die Soziologie des Kastenwesens*, Wien: Europaverlag.
- Eller, Jack David (1999): *From Culture to Ethnicity to Conflict. An Anthropological Perspective on International Ethnic Conflict*, Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Ellingsen, Tanja/Gleditsch, Nils Petter (1997): *Democracy and Armed Conflict in the Third World*. In: Ketil Volden/Dan Smith (Hg.), *Causes of Conflict in the Third World*, Oslo: PRIO & North/South Coalition.
- Field, Graham (1995): *Elite Democracies: Bangladesh, India, Pakistan, the Philippines and Sri Lanka*. In: Ders.: *Economic Growth and political Change in Asia*, London: Macmillan Press.
- Fuller, C.J. (1996) (Hg.): *Caste Today*, Delhi: Oxford University Press.

- Führer-Haimendorf, Christoph von (1966): *Caste and Kin in Nepal, India and Sri Lanka. Anthropological Studies in Hindu-Buddhist Contact Zones*, London: Asia Pub. House.
- Gantzel, K. J./Schwinghammer, T. (1995): *Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg 1945-1992. Daten und Tendenzen*, Münster: Lit-Verlag.
- Gill, S.S. (1996): *The Dynasty: A Biography of the Premier Ruling Family*, New Delhi: HarperCollins India.
- Gold, Daniel (1991): *Organized Hinduisms: From Vedic Truth to Hindu Nation*. In: Martin E Marty/Scott R. Appleby (Hg.), *Fundamentalisms Observed*, Chicago: University of Chicago Press. S. 531-593.
- Graham, B. (1990): *Hindu Nationalism and Indian Politics. The Origin and Development of the Bharatiya Jana Sangh*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Gurr, T.D (1993): *Minorities at risk. A Global View of ethno-political Conflict*, Washington D.C.: United States Institute of Peace Press.
- Harder, Hans (2003): *Kommunalismus. Religion und Gewalt in Südasien. Orientwissenschaftliche Hefte: Religion und Gewalt*, 10/ 2003, Orientwissenschaftliches Zentrum der Universität Halle-Wittenberg. S. 81-93.
- Hegre, Havard/Ellingsen, Tanja Gates, Scott/Gleditsch, Nils Peter (2001): *Toward a Democratic Civil Peace? Democracy, Political Change, and Civil War 1816 – 1992*. *American Political Science Review* 95, Nr. 1, S. 33-48.
- Hellmann-Rajanayagam, Dagmar (1994): *The Tamil Tigers. Armed Struggle for Identity*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Jayawardena, Kumari (2000): *From Nobodies to Somebodies. The Rise of the Colonial Bourgeoisie in Sri Lanka*, London/ New York: Zed Books.
- Jayaraman, R. (1975): *Caste Continuities in Ceylon*, Bombay: Popular Prakashan.
- Francois Jean/Jean-Christophe Rufin (Hg.) (1999): *Ökonomie der Bürgerkriege*, Hamburg: Hamburger Edition.
- Eamon Kariyakarawana/Neil Sri Wijesinghe (1981): *JR. The People's President, Sri Lanka: A Varuna Publ.*
- Kearney, Robert N. (1973): *The Politics of Ceylon (Sri Lanka)*, Ithaca/London: Cornell University Press.
- Kibra, Shah A.M.S. (1999): *Bangladesh at the Crossroads*, Dhaka: University Press Limited.
- Kohli, Atul (Hg.) (2001): *The Success of India's Democracy*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Kreuzer, Peter/Weiberg, Mirjam (2007): *Zwischen Bürgerkrieg und friedlicher Koexistenz. Interethnische Konfliktbearbeitung in den Philippinen, Sri Lanka und Malaysia*, Bielefeld: Transcript.
- Malhorta, Inder (2004): *Dynasties of India and Beyond. Pakistan. Sri Lanka, Bangladesch, Colombo: Vijitha Yapa Publications.*

- Manor, J. (Hg.) (1994): *Nehru to the Nineties, The Changing Office of Prime Minister in India*, London: Vancouver and New Delhi: Hurst and Penguin.
- Nielebock, T. (1993): *Frieden zwischen Demokratien: Ein empirisches Gesetz der Internationalen Beziehungen auf der Suche nach seiner Erklärung*. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 22, Nr. 2, S. 179-193.
- Park, Richard L./Irene Tinker (Hg.) (1959): *Leadership and Political Institutions in India*, Princeton: Princeton University Press.
- Prakash, A. Surya (1995): *What ails Indian Parliament. An Exhaustive Diagnosis*, New Delhi: HarperCollins Publ. India.
- Ross, Marc Howard (1993): *The Culture of Conflict: Interests, Interpretations and Disputing in Comparative Perspective*, New Haven/London: Yale University Press.
- Russel, Jane (1987): *Communal Politics under the Donoughmore Constitution 1931-1947*, Dehiwala: Tisara Prakasakayo Publishers.
- Ryan, Bryce (1953): *Caste in modern Ceylon, The Sinhalese System in Transition*, New Brunswick: Rutgers University Press.
- Rupasinghe, Kumar/Mumat, Khawar (1996): *Internal Conflicts in South Asia*, London/Thousand Oaks/New Delhi: International Peace Research Institute Oslo/Sage Publications.
- Schmidt, Bettina E./Schroeder, Ingo W. (2001): *Anthropology of violence and conflict*, London/New York: Routledge.
- Schmidt, Sigmar (2001): *Demokratie mit Adjektiven. Die Entwicklungschancen defekter Demokratien*. In: *E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit* 7/8, S. 219-223.
- Searle-Chatterjee, Mary/Sharma, Ursula (Hg.) (1994): *Contextualising Caste*, Oxford: Blackwell Pub.
- de Silva, K.M. (1977): *Sri Lanka. A Survey*, Hamburg: Institute of Asian Affairs.
- Sobhan, Rehman (1993): *Bangladesh. Problems of Governance*, Konark Publishers, New Delhi.
- Stern, Robert W. (2001): *Democracy and Dictatorship in South Asia. Dominant Classes and Political Outcomes in India, Pakistan, and Bangladesh*, Westport/Connecticut/ London: Praeger.
- Swamy, M.R. Narayan (1994): *Tigers of Lanka*, New Delhi: Konark Publishers.
- Thiagarajah, Jeevan (1997): *Governance and Electoral Process in Bangladesh*, New Delhi: International Centre for Ethnic Studies/ Vikas Publishing House.
- Weber-Pazmino, Gioia (1991): *Klientelismus. Annäherungen an das Konzept*, Dissertation, Universität Zürich.
- Wilson, A. Jeyaratnam (1988): *The Break-Up of Sri Lanka. The Sinhalese-Tamil Conflict*, London: C. Hurst & Company.
- Wriggins, Howard D. (1960): *Ceylon: Dilemmas of a New Nation*, Princeton: Princeton University Press.